

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

21. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

20. Dezember 2011

In Halle stehen wir 2012 wieder vor zahlreichen Herausforderungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bilanz des zu Ende gehenden Jahres 2011 ist für DIE LINKE durchwachsen. Der größte Erfolg: wir haben uns mit großer Mehrheit auf ein Programm geeinigt, ein linkes, sozialistisches Programm, das klar Stellung bezieht, aber auch der Pluralität unserer Partei Rechnung trägt. Nein, Anfang des Jahres war das nicht zu erhoffen, die Programmdiskussion wurde teilweise so geführt, als gelte es, dass eine Strömung unserer Partei über die andere obsiegt. Diese Differenzen tauchten dann schlaglichtartig in der öffentlichen Debatte auf, Kommunismuskussion, Positionen zum Nahostkonflikt oder den Mauerbau gaben in der Art, wie sie geführt und kommuniziert wurden, kein gutes Bild in der Öffentlichkeit ab. Doch unsere Partei funktioniert anders und so konnte dann das Programm einmütig verabschiedet werden. Die Delegierten machten so deutlich, dass sie eine LINKE wollen, die handlungsfähig ist, sich gesellschaftlichen Fragen zuwendet, Handlungsalternativen entwickelt und diese in und außerhalb von Parlamenten auf die Tagesordnung setzt. Es geht darum, für unsere Alternativen gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen und nicht darum, im eigenen engen Diskussionszirkel Recht zu behalten.

So ist es uns dann 2011 auch nicht gelungen, Zuwächse bei der Zustimmung von Wählerinnen und Wählern zu bekommen. In Sach-

sen-Anhalt haben uns zwar mehr Menschen gewählt als 2006 und unsere Themen bestimmten den Wahlkampf, aber schlussendlich gelang der Politikwechsel nicht. In Berlin verloren wir an Zustimmung und die Regierungsbeteiligung. In den westlichen Bundesländern gelang es nicht, an die Erfolge der Vorjahre anzuknüpfen. Wir müssen uns nun der Frage stellen, wie wir unser Programm in für Menschen erlebbare Politik umwandeln - wie wir glaubwürdig in Regierung und Opposition für unsere Inhalte streiten. Eine Voraussetzung dafür ist, dass im kommenden Jahr ein Vorstand gewählt wird, der unsere Politik repräsentiert. Im Parteivorstand müssen politische Schwerpunkte mehr eine Rolle spielen als Strömungsproporz. Außerparlamentarische Arbeit, die Arbeit in den Parlamenten, Bündnisarbeit, aber auch und vor allem die Kommunalpolitik müssen dort eine stärkere Rolle spielen. Statt quälender, über die Presse geführter Personaldebatten müssen wir in unserer Partei über das Personal diskutieren, welches die kommenden 2 Jahre an der Spitze unserer Partei steht. Offen, solidarisch und ergebnisorientiert muss das erfolgen, es geht nicht darum, wer schöner, lauter oder sonst was ist, sondern mit wem es uns gelingt, unsere Themen in die Gesellschaft zu tragen. Am Ende einer solchen Debatte wäre ein Mitgliedervotum über den Parteivorsitz sicher ein gutes Signal.

In Halle stehen wir 2012 wieder vor zahlreichen Herausforderungen. Die Stadt hat einen Sparhaushalt vorgelegt - gegen diesen sozialen Kahlschlag gilt es Protest zu organisieren. Der anstehende Oberbürgermeisterwahlkampf ist für uns eine gute Gelegenheit unsere Alternativen für Halle der Öffentlichkeit vorzustellen und für sie zu werben.

Dafür bitte ich Euch auch weiterhin um Eure Unterstützung. Unterstützt uns bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dresden, bei den vielen Veranstaltungen in Halle und in Sachsen-Anhalt. Unterstützt uns bei der Organisation von Protest gegen Krieg, Sozialabbau und Neofaschismus. Unterstützt uns mit Euren Ideen, bringt Euch in unsere und die Veranstaltungen unserer Bündnispartner ein, lasst uns Alternativen gegen die herrschenden Verhältnisse entwickeln. Halten wir die Fahne der LINKEN in Halle hoch, damit wir am Ende des Jahres 2012 eine gute Bilanz ziehen können, im Bund, in Sachsen-Anhalt und in Halle, dass wir dann wieder sagen können, DIE LINKE hat wieder Rückenwind.

Für die in diesem Jahr bei dem Wahlkampf, bei den zahlreichen Veranstaltungen und Infoständen geleistete Unterstützung möchte ich mich bei Euch herzlich bedanken. Ich wünsche Euch und Euren Familien besinnliche Feiertage und ein gesundes, kraftvolles und friedliches neues Jahr.

Swen Knöchel

Ausblick und Rückblick im Künstlerhaus 188

Im Rahmen der Kreistour des Landesvorstandes war Matthias Höhn am 7. Dezember zu Gast in unserem Stadtverband.

Zu dieser Veranstaltung waren um die 50 Genossinnen und Genossen gekommen.

In seinem Referat bezog er sich einerseits auf die Ergebnisse des vergangenen Jahres und auf die vor uns stehenden Aufgaben und Ziele. Ohne Umschweife benannte er die nicht erreichten Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen. Dazu gibt es eine Vielzahl von Gründen. In diesem Zusammenhang müssten wir uns auch die Frage stellen, inwieweit trauen uns die Wähler zu, die gegenwärtige Krise zu bewältigen. Zu einer freimütigen Diskussion kam es in Bezug auf den Mitgliederentscheid zu unserem neuen Parteiprogramm. Allgemeine Zustimmung wurde ausgedrückt, wobei es auch kritische und gegensätzliche Anmerkungen gab, so wie es einer pluralistischen Partei zukommt.

Matthias Höhn verwies auch auf die künftige Mitgliederentscheidung

zur Wahl der oder des Parteivorsitzenden. Wir wollen transparente Entscheidungen und nicht welche, die im Hinterzimmer getroffen werden. Unsere Partei tritt für Volksentscheide ein, und ist so gehen mit einer Urwahl beispielgebend.

Bekannt ist durch die Medien, dass sich Dietmar Bartsch u.a. für eine Kandidatur entschieden hat.

In einer Stimmungslage kam deutlich zum Ausdruck, dass viele von den Anwesenden ihn an der Spitze unserer Partei sehen möchten.

Zu Gast war auch Petra Sitte. Sie betonte, dass unser neues Programm dazu dient, in die Gesellschaft hinein zu kommen. Unser neues Programm muss als eine Gesellschaftskonzeption verstanden werden. Es liefert Ausgangspunkte für die politische Arbeit, um sich den neoliberalen Auswüchsen im Kapitalismus hier und heute entgegenzustellen.

Die Kampfkraft einer Partei hängt auch von ihrer Mitgliederstärke ab. In Sachsen-Anhalt haben wir um die 5100 Mitglieder. Das ist ein

ernstzunehmender Rückgang. Einen Hauptaugenmerk müssen wir darauf legen, wie sich junge Leute bei uns einbringen können. Sind sie so einfach in unsere bewährten Basisorganisationen einzugliedern? Oder müssen neue Organisationsformen gefunden werden? Unter zu geringem Zustrom junger Mitglieder krankt alle Parteien - nicht nur die Linke.

Insofern geht unsere Partei neue Wege in der Kommunikation. Im neuen Jahr ist geplant, den Mitgliedern viermal im Jahr ein Mitglieder-magazin zu zustellen. Das ist vor allem wichtig für die verstreut wohnenden Genossen auf dem flachen Land, um eine engere Bindung zur Partei herzustellen.

Auf die kommunalen Anliegen ging Marianne Böttcher im Rahmen der Begrüßung ein. Im Jahr 2012 wird es für uns in Halle voraussichtlich nur einen Wahlkampf geben. Das Amt der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters ist neu zu besetzen. Wofür wir in altbewährter Form wieder unsere Kräfte zum Einsatz bringen müssen. hajo

Aus der Stadtratssitzung am 14.12.2011

Bevor die letzte Stadtratssitzung des Jahres 2011 aufgerufen wurde, versammelten sich bereits ab 13:00 Uhr vor dem Stadthaus MitarbeiterInnen von Jugendeinrichtungen und freien Trägern, um auf Konsequenzen aufmerksam zu machen, die sich aus der drohenden Katastrophe der weiteren Reduzierung der finanziellen Mittel für sogenannte freiwillige Aufgaben ergeben.

Im Stadtrat wurde dann zu Beginn der Sitzung auch der mit Spannung erwartete Entwurf des Haushalts-

planes für das Jahr 2012 ausgegeben! Wie immer ist es ein ca. 5 cm dickes Papier, aber dieses Mal mit der Neuerung, dass er nach den Prinzipien des doppelten Haushaltes aufgebaut ist! Nun gilt es auch für die Stadträte, dieses neue Prinzip zu durchschauen und dann auch noch die neuen (?) Strategien der Stadtverwaltung dabei zu erkennen. Keine leichte Aufgabe, die da vor uns steht! Im Anhang ist auch der Vorschlag der Mittelreduzierung zu sehen. In fast jedem Bereich der Stadtverwaltung soll

es nach diesem Vorschlag zu Einsparungen kommen.

Im Bereich der Jugendhilfe, Wohlfahrtspflege, der Kulturförderung und des Sports machen sie ca. die Hälfte der bisherigen Förderung aus! Auch bei anderen Leistungen im freiwilligen Bereich, wie z. B. beim Halle-Pass, beim Gesundheitsmanagement, bei der Stadtbibliothek oder bei nicht zu besetzenden Stellen in der Stadtverwaltung soll gespart werden. In den ab Januar beginnenden Haushaltsberatungen in den Aus-

schüssen werden uns viele Fragen zur Doppik bewegen, aber auch die, welche Wirkungen auf einzelne Projekte etc. die geplanten Einsparungen zeigen werden. Wir werden uns der Herausforderung stellen müssen, ggf. nach Alternativvorschlägen schauen. Swen Knöchel drückte es im Stadtrat so aus: „Den Haushalt jetzt zu bewerten, ist noch zu früh. Wir werden uns sehr genau ansehen, was nicht gestrichen ist...“

Mit großer Mehrheit wurde – noch vor der Einbringung des Haushaltes – Egbert Geier zum ersten allgemeinen Vertreter der Oberbürgermeisterin gewählt. Auch unsere Fraktion stimmte dem Vorschlag einstimmig zu!

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde ein Antrag der FDP, der die volle Auszahlung der Fördermittel für die erbrachten Leistungen im Bereich der Jugendhilfe beinhaltete, mit einer breiten Mehrheit zugestimmt. Die Oberbürgermeisterin legte Widerspruch ein. Der Widerspruch fand keine Mehrheit! Auch die SPD hat dem nochmaligen Antrag der FDP zugestimmt, dabei wollte sie es gar nicht!! Sie wollte dem Widerspruch zustimmen, doch bei diesem Verfahren ist es so, dass der eigentliche Antrag noch einmal abgestimmt wird! Sicher wird die OB jetzt weitere Schritte gegen die Entscheidung des Rates einleiten!

Ähnliches hatte sie bereits zum Stadtratsbeschluss zum kostenlosen Mittagessen vollzogen. Nachdem auch der Widerspruch zu dieser Entscheidung im letzten Stadtrat keine Mehrheit fand, „musste“ die OB der Kommunalaufsicht diese Entscheidung anzeigen. Sie bekam recht, denn die Kommunalaufsicht kritisierte diese Entschei-

dung wegen unserer Haushaltslage und meinte, dass dieser Beschluss – diese zusätzliche Ausgabe – rechtswidrig sei. Deshalb sah die gestrige Beschlussvorlage eine Aufhebung des Beschlusses vor. Aber auch dieses Mal gab es eine Mehrheit (LINKE, SPD, GRÜNE), die für ein kostenloses Mittagessen eintraten. Wir werden sehen, wie es hier weitergeht!

In einer Vorlage sollten wir über das Personalentwicklungskonzept und über die Personalbedarfsplanung 2011 – 2020 der Stadtverwaltung abstimmen. Nach einer intensiven Diskussion wurde das Personalentwicklungskonzept mit einer Mehrheit, auch durch unsere Fraktion, verabschiedet. Die Personalbedarfsplanung wurde noch einmal zurückgezogen, sie wird noch einmal in den Fachausschüssen diskutiert.

Die Innenbereichssatzung Nr. 1, Am Pestalozzipark, der Verlängerung des Vertrages zur Müllentsorgung, dem Bebauungsplan Nr. 146 (Hallescher Osten), der Genehmigung einer Mehrausgabe für die HAVAG (eigentlich eine „Durchreichung“ von Mitteln des Landes) für Niederflurwagen und der Beschlussvorlage „Langfristkonzept Saline-Ensemble“ wurde zugestimmt. Auch mit den Stimmen unserer Fraktion. Bei der letztgenannten Vorlage haben wir allerdings nur deshalb zugestimmt, weil durch Anträge sichergestellt wurde, dass das Konzept ohne „Fremdleistungen“ erstellt wird!

Nicht behandelt wurden alle Vorlagen und Anträge, die sich mit der Thematik „Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES)“, 4. Bauabschnitt, beschäftigen. Sie wurden alle noch einmal in den

Hauptausschuss verwiesen!.

Spannende Diskussion gab es zur Schulentwicklungsplanung. Neu ist, dass die Grundschule Glaucha wieder für den Schulbetrieb aktiviert wird, weil den steigenden Kinderzahlen in der Innenstadt Rechnung getragen werden muss!

Hendrik Lange argumentierte für unsere Fraktion zu den einzelnen Beschlussabsichten der Verwaltung und begründete unsere Anträge, die u. a. vorgesehen haben, die Schließung der Rosa-Luxemburg-Schule nicht zuzulassen, die Schließung der Jägerplatzschule nicht zu beschließen und auch die Fusion von Makarenkoschule und Fröbel abzulehnen.

Hierzu betonte Hendrik, dass es nicht vermittelbar sei, die Schüler von einer schlechten in die nächste schlechte Schule zu bringen. Beide Schulen haben nichts gegen eine Fusion, aber die Bedingungen müssen stimmen! Die Mehrheit der Stadträte sahen diese Dinge genauso! Es gab keine Mehrheit für die Schließung der Jägerplatzschule, auch nicht für die Schließung der Rosa-Luxemburg-Schule und auch nicht für die Fusion der Fröbel- und Makarenkoschule!

Diskussion gab es auch noch zur Friedhofssatzung, allerdings nicht mehr in der Breite und Schärfe wie in den Fachausschüssen. Viele Anträge hatten sich durch die Übernahme durch die Verwaltung oder durch Zurücknahme der Einbringer erledigt. Der Satzung wurde insgesamt mit Mehrheit im Stadtrat zugestimmt. Neu an der Satzung ist beispielsweise die Möglichkeit der naturnahen Bestattung, der Möglichkeit von Urnengemeinschaftsgrabstätten, Urnenstelen und Baumbestattungen.

Ute Haupt, Stadträtin

Ein modernes Stadion, eine intakte Schwimmhalle und eine Ballsporthalle gehören zu einer modernen und attraktiven Stadt.



Rüdiger Ettingshausen

Rüdiger, Du bist für die Fraktion DIE LINKE. als sachkundiger Einwohner im Sportausschuss tätig.

Warum engagierst Du Dich gerade im Sport?

Der Sport generell, attraktive Sportanlagen und Spielstätten und hochklassige Sportveranstaltungen und ein funktionierender Breitensport gehören für mich genauso zu einer liebens- und lebenswerten Stadt wie die Kultur, eine umfassende Kinderbetreuung, ein funktionierendes Bildungssystem und ein arbeitsplatzsichernder Wirtschaftsstandort.

Nur in dieser Einheit wird es uns gelingen, die weitere Abwanderung aus unserer Stadt zu verhindern.

Ich selbst habe jahrelang beim HFC und in anderen Vereinen der Stadt Fußball gespielt und weiß wie gerade der Sport zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Charakterbildung und zur Ausprägung eines Gemeinschaftsgefühls beitragen kann.

Gerade unter dem Aspekt eines zunehmenden Werteverfalls in unserer Gesellschaft sollten wir die Bedeutung des Sports als Möglichkeit einer sinnvollen Freizeitgestaltung nicht unterschätzen.

In vielen Vereinen unserer Stadt treiben ausländische Jugendliche

Sport. Es gibt wohl kaum eine bessere Möglichkeit, als über das gemeinsame Sporttreiben ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Stadt zu integrieren, fremde Kulturen kennen zu lernen und zu verstehen und Vorbehalte abzubauen. Wer das nicht glaubt, sollte einmal zu einem Training einer Nachwuchsmannschaft in Halle gehen.

Wo siehst Du für das Gebiet des Sports in Halle (Saale) Schwerpunktaufgaben?

Ich sehe den Sport immer als Einheit von Breiten- und Spitzensport. Breitensport ohne Spitzenleistungen und Spitzensportler die als Ansporn und Vorbild wirken, geht genauso wenig wie Spitzensport ohne breite Basis der Talentförderung.

Ich habe mich immer für den Neubau und die Sanierung von Sportstätten eingesetzt, auch für das neue Stadion. Ich weiß wie schwer diese Entscheidung vielen gefallen ist, aber hier sollten dem Sport die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden, wie anderen gesellschaftlichen Bereichen. Ein modernes Stadion, eine intakte Schwimmhalle und eine Ballsporthalle gehören zu einer modernen und attraktiven Stadt. Tun wir es nicht, ich sage es einmal so extrem, wird sich der Niedergang der Stadt, den wir an vielen Stellen bemerken, fortsetzen.

Die finanzielle Situation für viele Vereine in unserer Stadt ist äußerst kompliziert, ohne ehrenamtliches Engagement würde vieles im Sport gar nicht mehr funktionieren. Aus

diesem Grund werde ich mich auch weiterhin für die kostenlose Sportstättennutzung einsetzen.

Neben Deiner Tätigkeit als sachkundiger Einwohner arbeitest Du auch für die Fraktion im Verwaltungsrat der Sparkasse mit.

Was ist Deine Aufgabe in diesem Gremium?

Die Saalesparkasse ist eines der wichtigsten kommunalen Unternehmen der Stadt und der Region. Der Beitrag der Saalesparkasse zur Förderung regionaler Unternehmen, zur Sanierung des städtischen Haushalts und die Förderung und Unterstützung sozialer, kultureller und sportlicher Projekte und Veranstaltungen ist nicht unerheblich und ist Bestandteil meiner Arbeit im Verwaltungsrat.

Auch die sichere Geldanlage bei der Saalesparkasse, gerade zu Zeiten der Finanzkrise, lässt doch viele tausende Sparkassenkunden der Stadt ruhig schlafen und dafür möchte ich auch in Zukunft sorgen. Ich meine den ruhigen Schlaf. Nachdem die Sparkasse der Stadt Halle nach der Wende in eine erhebliche wirtschaftliche Schiefelage geriet, hat sie sich in den letzten Jahren zu einem erfolgreich arbeitenden Geldinstitut entwickelt.

Meine Aufgabe im Verwaltungsrat ist es, die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Sparkasse zu begleiten, das Agieren und Finanzgebaren des Vorstandes zu hinterfragen, auch zu kontrollieren und mit eigenen Vorschlägen zu untersetzen.

Das Interview führte Ute Haupt

„Unser Amerika“ und DIE LINKE

Von Jörg Rückmann, AG Cuba Sí

Lateinamerika verstört die neo-liberale Welt. Seit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 in Venezuela spricht man von einem „Linksruck“ in dieser Region - aber es ist mehr als das: Die politischen Entwicklungen in Lateinamerika haben etwas von dem, was José Martí 1891 als „Unser Amerika“ (Nuestra América) bezeichnete. Er rief die Völker Lateinamerikas auf, sich der eigenen Kultur zu besinnen, gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen und Streitigkeiten untereinander beizulegen. Anfang Dezember 2011 schaute die Welt nach Caracas zum Gründungskongress der „Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten“ (CELAC). Der CELAC - formell Nachfolgerin der Rio-Gruppe - gehören 33 Staaten mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung an. Kuba ist gleichberechtigtes Mitglied. Die CELAC ist ein lateinamerikanisches Bündnis ohne die USA und Kanada, das sich die regionale Kooperation und Integration sowie die Solidarität auf seine Fahnen geschrieben hat.

Schon seit 1998 beschreiten mehrere lateinamerikanische Länder neue politische Wege, um der neo-liberalen Umklammerung und den Schocktherapien von IWF und Weltbank zu entkommen. Gleichzeitig wollen diese Länder ihre gemeinsamen Interessen gegenüber dem reichen Norden vertreten. Im Dezember 2004 unterzeichneten Venezuela und Kuba eine Erklärung zur Gründung der „Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerika“ (ALBA). ALBA stellt einen Gegenentwurf

zur Idee der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA dar und basiert auf den Prinzipien der Zusammenarbeit und Solidarität. Neben Kuba und Venezuela gehören heute Bolivien, Nicaragua und Ecuador, Dominica, Antigua und Barbuda sowie San Vicente und die Grenadinen diesem Bündnis an.

Im Oktober 2009 beschlossen die ALBA-Länder den Aufbau einer neuen regionalen Finanzarchitektur - das „Einheitliche System für den regionalen Zahlungsaustausch (SUCRE). Der SUCRE soll neben den ALBA-Mitgliedern allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik offen stehen. Er fungiert derzeit als Verrechnungswährung und soll - ähnlich wie beim Euro - später als Bargeld ausgegeben werden. Mit dem SUCRE soll der Außenhandel der Länder Lateinamerikas vom US-Dollar abgekoppelt und die Region vor globalen Finanzschocks bewahrt werden. Er soll helfen, Devisen einzusparen und lokale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres haben Kuba, Venezuela und

Ecuador bereits Waren im Wert von rund 144 Mio. US-Dollar über den SUCRE gehandelt.

Mehrere Länder der Region haben sich aus dem IWF verabschiedet. Venezuela nimmt seit 2000 keine Kredite mehr bei der Weltbank auf und trat 2007 aus IWF und Weltbank aus. Brasilien verzichtet seit 2004 auf IWF-Kredite, Argentinien und Uruguay seit 2005, Bolivien, Ecuador und Peru seit 2006.

Die Präsidenten Venezuelas und Argentiniens verständigten sich

2006 auf die Gründung einer Entwicklungsbank, der „Bank des Südens“ (Banco del Sur). 2007 wurden Ecuador und Brasilien Mitglied, später auch Bolivien, Paraguay und Uruguay. Unabhängig von seiner Größe und seiner Geldeinlage wird jedes Land das gleiche Stimmrecht haben, und es besteht ein Konsensprinzip für Geschäftsentscheidungen. Die „Bank des Südens“ wird noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen.

Mehrere Länder Lateinamerikas haben große Industrien vergesellschaftet oder mit ausländischen Konzernen neue Verträge ausgehandelt. Die Einnahmen, z. B. aus dem Abbau von Rohstoffen, bleiben nun zum großen Teil im Land und können für Infrastrukturprojekte und Sozialprogramme verwendet werden. Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit existiert auch im Rahmen des PETROCARIBE-Abkommens von 2005. Venezuela liefert 15 Staaten der Region Erdöl zu Vorzugspreisen. Ein weiteres Beispiel für die lateinamerikanische Integration ist die Gründung der „Union Südamerikanischer Nationen“ (UNASUR) im Jahr 2008. UNASUR spielte eine wichtige Rolle bei der Beilegung des Konflikts zwischen Venezuela und Kolumbien im Juli 2010.

Lateinamerika entwickelt ein neues Selbstbewusstsein. Es tritt als souveräner Handelspartner auf, schafft neuartige Wirtschaftskooperationen und wird von den aufstrebenden Industriestaaten wegen seines Rohstoffreichtums regelrecht umworben.

Die Linksentwicklungen in Lateinamerika tragen dazu bei, das öko-

nomische System der Welt neu zu justieren. Halten Europa und die USA an ihren „Freihandels“-Ideen fest, könnte dies zu einem ökonomischen Nachteil für sie werden.

„Lateinamerika ist derzeit die Region der Erde“, schreibt Ignacio Ramonet (Le Monde diplomatique), „in der die meisten Erfahrungen linker Politik gesammelt werden. Wenn wir den sozialen Fortschritt in anderen Teilen der Erde voranbringen wollen, müssen wir uns über dieses Geschehen informieren“.

Zu diesem Geschehen gehört ein wichtiger Fakt: Die lateinamerikanische Integration, so wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre nicht denkbar ohne Kuba. Der Inselstaat symbolisiert für die Länder der Region - aber auch für alle Länder des globalen Südens - die erfolgreiche Verteidigung des Rechtes der Völker, ihren Entwicklungsweg selbst zu bestimmen. Dieser Zusammenhang wird von einigen LINKEN gelegentlich übersehen.

Seit der Revolution im Jahr 1959 stellt Kuba seine Souveränität, die soziale Entwicklung und die Nutzung der natürlichen Reichtümer des Landes in den Mittelpunkt seiner Politik. Heute gestalten mehrere Länder Lateinamerikas in diesem Sinne tiefgehende Transformationsprozesse und schließen sich zusammen. Und sie geraten - so wie Kuba seit über 50 Jahren - ins Fadenkreuz des Westens. Erinnert sei hier an den Putsch in Venezuela (2002), die Aktionen gegen die Einheit Boliviens (2008), die Putsche in Honduras (2009) und Ecuador (2010).

Gegenwärtig müssen wir einen militärischen Aufmarsch um Kuba und

die ALBA-Staaten beobachten: Im Juli 2008 reaktivierten die USA ihre 4. Flotte für Mittel- und Südamerika sowie für die Karibik. 2009 begannen sie, sieben Militärstützpunkte in Kolumbien auszubauen. Die Niederlande erlauben den USA, ihre Militärbasen auf Aruba und Curaçao zu nutzen. Seit dem Erdbeben in Haiti 2010 befinden sich 20 000 US-Soldaten in dem zerstörten Land, und Costa Rica gestattet den USA die Stationierung von 7 000 Soldaten, die über U-Boote, Flugzeuge und Kriegsschiffe verfügen. DIE LINKE beschreibt sich in ihrem neuen Programm als „internationalistische Friedenspartei“ und strebt „eine solidarische Weltwirtschafts-

ordnung“ an, „die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die ärmeren Länder schafft, globale und soziale, ökologische und demokratische Rechte durchsetzt, statt die Konkurrenz um Anteile an weltweiten Exportmärkten voranzutreiben.“

Lateinamerika bricht mehr und mehr mit dem neoliberalen Wirtschaftssystem; CELAC, UNASUR und ALBA demonstrieren, wie eine friedliche, gleichberechtigte und solidarische Zusammenarbeit auf unserem Planeten funktionieren kann. Für die Mitglieder der LINKEN bedeutet das: Solidarität mit dem Linksprozess in Lateinamerika, Solidarität mit Kuba - Solidarität mit „Unserem Amerika“!

Infos zur AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE

Seit 20 Jahren unterstützt die AG Cuba Sí das sozialistische Kuba mit der Kampagne „Milch für Kubas Kinder“. Elf Landwirtschaftsprojekte haben wir bereits erfolgreich abgeschlossen, vier Projekte realisieren wir derzeit. Für die Arbeiter/-innen der Projekte, für ihre Familien und die Menschen in der Region bedeutet diese Solidaritätsarbeit konkret: eine breite und bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln, gute Arbeits- und Lebensbedingungen sowie den Ausbau der lokalen Infrastruktur. Mit unserer Kampagne

„Kuba muss überleben“ helfen wir Kuba außerdem im Gesundheitswesen sowie in den Bereichen Bildung und Kultur. Jährlich schicken wir mehrere Schiffcontainers mit dringend benötigten Hilfsgütern auf die sozialistische Insel. Die politische und materielle Solidarität mit Kuba ist Grundanliegen der AG Cuba Sí. Wir kämpfen für das Ende der menschenverachtenden US-Blockade, für die Freilassung der Cuban Five und für die Abschaffung des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU gegen Kuba.

Unterstützt den Gedanken der Solidarität!

Bitte spendet für unsere Solidaritätskampagnen „Milch für Kubas Kinder“ und „Kuba muss überleben!“ (auch mit Dauerauftrag), Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí:

Nummer 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Verwendungszweck bitte immer angeben!

Kassandra ging

Wolfgang Brauer in Das Blättchen (12.12.2011)

Die DDR hat durchaus Seltsames hervorgebracht. So die Qualität der Beziehungen zwischen Schriftstellern und ihrem Lesepublikum, wie es die schreibenden Zeitgenossen Goethes mit ihrem Ideal einer Kunst-Welt nur erträumen konnten. Die Schriftsteller in der DDR (nicht alle) waren von allen anerkannte moralische Autoritäten. Auch von der Obrigkeit, die ihnen oft hofierte – was die meisten sich gern gefallen ließen – und ihnen dennoch gelegentlich wie in der ersten Stufe der peinlichen Befragungen bei Hexen- und Ketzerprozessen „die Werkzeuge zeigte“. Wen man nicht ernst nimmt, dem muss man allerdings nicht seine Grenzen zeigen.

In dieser vergangenen säkularisierten Gesellschaft waren die Autoren häufig Beichtväter und -mütter. Ich hoffe nur, dass wenigstens einige die vielen Leserbriefe, die an sie geschrieben wurden, nicht weggeworfen haben. Da wurde – ebenso wie in vielen fast obligatorischen Diskussionen nach den diversen Lesungen – nicht nur Literarisches verhandelt. Das Wort der Autoren galt etwas. Die Protokoll-Bände der Schriftstellerkongresse des implodierten Landes wurden aufmerksamer gelesen als manches Parteitagsdokument. Zugegeben, selbst die miserabelsten Reden der erwähnten Kongresse waren in der Regel besser als die Parteitagsgespräche. Und die Leserinnen und Leser verfolgten mit gespannter Aufmerksamkeit die Leuchtsignale aus den Schreibstuben ihrer „Autorin“ oder ihres „Autoren“ – woran wird da gerade gearbeitet, wann wird das neue Buch erscheinen,

wird es überhaupt erscheinen? Bei uns oder wieder nur im Westen bei Luchterhand oder Suhrkamp? Es ist doch aber eine Aufbau-Autorin! Die Schriftstellerin, die mich mein ganzes geistiges Leben begleitete, deren Bücher von mir und meinen Generationsgefährten immer voller Sehnsucht erwartet wurden, die uns Anregerin und intellektueller Maßstab war, diese Autorin ist nicht mehr. Christa Wolf starb am 1. Dezember in Berlin. Viele, die nach dem Ende der DDR auch geistig andere Küsten suchten, meist nicht fanden und im zynischen Uferschlamm der Apologie einer Gesellschaft stecken blieben, die ihnen bei nüchterner Betrachtung so wesensfremd ist, wie ehemals die zutiefst verabscheute SED-Republik, werden es nicht mehr wahr haben wollen: Christa Wolf war auch ihnen, war uns Lehrerin. War Nachdenk-Lehrerin beim Versuchen des aufrechten Ganges durch die schier endlose und immer trockener werdende Ebene. „Kein Ort. Nirgends“ – dieser Selbstbefund richtete sich auch an uns. Auch wir, für die die Mauer schon immer stand, lebten unter dem „Geteilten Himmel“ – und wurden uns der Schizophrenie dieses Zustandes durch die Bücher der Christa Wolf bewusst. Wer diese 1963 erschienene Erzählung mit der gebotenen Aufmerksamkeit noch einmal liest, wird feststellen, dass die 36 Jahre andauernde Nichtbeantwortung der seinerzeit von der Autorin aufgeworfenen existenziellen Fragen einer der Gründe dafür war, weshalb meine Generation die Annahme ihres Erbes verweigerte und das Land wegwarf, bevor sie es in ihre Ver-

antwortung nehmen konnte.

Christa Wolf hat sich dagegen verzweifelt gewehrt. Sie wollte noch am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz einen besseren, einen menschlicheren Sozialismus. Sie gehörte zu den Initiatorinnen der Bewegung „Für unser Land“ im Herbst 1989. Sie schrieb die Präambel eines der bemerkenswertesten Verfassungsentwürfe in der Geschichte der deutschen demokratischen Bewegungen, des Entwurfes einer neuen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom April 1990. Ich glaube, dass es Christa Wolf durchaus bewusst war, dass die Tage ihres Landes, ihrer Republik gezählt waren. Sie gehörte zu denen, die der tragischen Illusion anhängen, man könne doch wenigstens den Versuch unternehmen, aus den guten Erfahrungen beider deutscher Nachkriegsstaaten ein gutes neues Gemeinsames zu schaffen. Desto bitterer die Erkenntnis, dass sie – ebenso wie viele andere bislang heftig umworbene DDR-Autoren – plötzlich kaum noch etwas galt im deutschen Literaturbetrieb, ja sich plötzlich Unterstellungen, Verleumdungen und Beschimpfungen übelster Art ausgesetzt sah. Unmittelbar nachdem sie lesen musste, wie sie selbst Jahrzehnte lang von engen Vertrauten bespitzelt und verleumdet worden war. Die Büchse der Pandora öffnete man nicht ungestraft, fasste sie diesen unsäglichen, immer noch anhaltenden Vorgang angeblicher gesellschaftlicher „Katharsis“ in ihrem letzten großen Buch „Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud“ in ein nur scheinbar

leicht dahingesagte poetisches Bild. Christa Wolf wusste um die grundsätzlichen psychologischen Verhaltensmuster von Menschen. Sie wusste, dass Geschichte nicht „abgehakt“, Vergangenheit nicht „bewältigt“ werden kann. Zur selben Zeit, in der linke französische Historiker ihren großen Entwurf der Mentalitätsgeschichte entwickelten, schrieb sie „Kindheitsmuster“. Prägende Muster, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die zu ignorieren im wahrsten Sinne des Wortes mörderisch sein kann, wie es die deutsche Gesellschaft augenblicklich mit geradezu hilfloser Erschütterung registrieren muss. Sie wusste, dass diejenigen, die voller Leichtsinns mit dem „Geschenk“ der Pandora herumspielten und herumspielen, für die Geschichte nur Mittel vordergründiger politischer Nützlichkeit ist, von einer entsetzlichen Hybris geschüttelt sind. In jedem System. Sie wusste von der Strafe, die die Götter der Alten den Protagonisten der antiken Mythen dafür zukommen ließen: „Kassandra“ und „Medea“ heißen ihre Zeuginnen. Die Obrigkeiten der DDR wollten die warnenden Rufe nicht hören. Sie glichen darin der ignoranten Königsfamilie des Trojanerkönigs Priamos. Sie mussten sein Schicksal teilen. Erst fielen ihre Mauern, dann wurden die Paläste geplündert und ihr Reich zerschlagen. Von den gemeuchelten Untertanen berichten die Helden gesänge nicht. Ich denke, es wird die Zeit kommen, in der die Texte Christa Wolfs eine erschütternde Lebendigkeit zeigen werden. Cassandra ging. Ihre Warnungen bleiben uns erhalten.

Dialog mit dem Urenkel

Jürgen Kuczynski war einer der bedeutendsten Geisteswissenschaftler des „Ostblocks“ und ein bekannter DDR-Bürger.

Er erhielt alle hohen Auszeichnungen der DDR und gleichzeitig eine Anzahl von SED-Parteiaustritten, obwohl er mit Erich Honecker per Du war.

1983 erschien sein Buch „Dialog mit meinem Urenkel“, das bereits sechs Jahre druckfertig war und nicht veröffentlicht werden durfte. Viele sogenannte Tabu-Themen wurden „angesprochen“, zahlreiche Fragen zum „real existierenden Sozialismus“ gestellt. Die wohl wichtigsten waren:

Uropa, hast du dir den Sozialismus so vorgestellt, wie er jetzt ist?

Was ist zu ändern, damit noch mehr Menschen den Sozialismus wollen?

Würdest Du – wenn du noch mal jung wärst – wieder für den Sozialismus kämpfen?

Natürlich war das Buch in der DDR „Bückware“.

Aber die Diskussion in Gruppen und Klubs zwischen Menschen verschiedener Generationen über die Gestaltung der Gesellschaft war eröffnet.

Weihnachten 2011. Familienfest.

Ist es nicht an der Zeit, dass Uropas und Uromas mit den Enkeln und Urenkeln über Politik und Verantwortung reden?

Es ist das gute Recht der Jungen zu fragen: Opa, hast Du nach der Wende all deine früheren Überzeugungen weggeworfen oder hast Du welche behalten?

Was hältst Du heute vom Sozialismus?

Unterstützt Du DIE LINKE oder

die CDU?

Und die Alten dürfen fragen: Ist Euch Jungen die Politik gleichgültig?

Warum gehen junge Menschen freiwillig nach Afghanistan? Wann wird aus Unmut ein Eintreten für eigene Interessen?

So oder ähnlich könnte ein Dialog sein. Das Gespräch zwischen Alten und Jungen muss gewollt werden. Es ist wichtig für den Zusammenhalt in den Familien, für die Sinnggebung im Leben der Jungen und der Alten.

Und nicht zuletzt:

Das politische Gespräch in der Familie ist wichtig für unsere Partei, DIE LINKE. Der Stadtparteitag in Halle hat unlängst erst die Gewinnung neuer Mitglieder als eine dringende Aufgabe bezeichnet. Die Satzung der Partei ermöglicht sogar die Gastmitgliedschaft. Wir laden alle ein, die eine andere Politik wollen, bei uns mitzumachen.

So ein denkbarer Dialog braucht offene Worte, aber keinen Familienstreit „bis auf Messers Schneide“. Eine schöne Weihnachtszeit.

G. Naumann

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spenden

Endredaktion dieser Ausgabe:

15.12.2011

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 12.01.2012

Solidarität, Aufklärung, Handeln - Elgersburger Erklärung gegen Rechts

Der Geschäftsführende Parteivorstand, die Vorsitzenden und Sprecher/innen der Landesverbände der LINKEN sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der LINKEN haben auf ihrem jährlichen Treffen im Thüringischen Elgersburg einstimmig folgende Erklärung verabschiedet:

Neofaschismus und rechte Gewalt sind substanzielle Gefahren für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Der braune Ungeist ist in vielen Landstrichen zu einer alltäglichen Bedrohung geworden. Die rechte Gewalt und ihr ideologischer Nährboden in Gestalt von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus sind dort auf dem Vormarsch, wo sich demokratische Strukturen, die Institutionen des Sozialstaats und die Kräfte der Zivilgesellschaft zurückziehen. Auch die Aktiven und die Strukturen unserer Partei sind in wachsendem Maß Angriffen von rechts ausgesetzt. Wir sind solidarisch mit allen Opfern rechter Übergriffe. Wir erfüllen dieses Bekenntnis in den Gliederungen der Partei und ihren parlamentarischen Vertretungen mit Leben, indem wir praktische Solidarität organisieren. DIE LINKE unterstützt alle, die sich der Gefahr von rechts entgegenstellen. Der Widerstand der Zivilgesellschaft gegen Aktivitäten von alten und neuen Nazis bedarf der Unterstützung und der Solidarität aus den demokratischen Parteien. Jede Kriminalisierung von friedlichen Protestformen gegen Nazi-Aufmärsche ist deshalb ein Bärendienst für die demokratische Kultur. Wir fordern die Einstellung aller Verfahren gegen Nazi-Gegner. Stellvertretend erklären wir uns solidarisch mit dem Jenaer Pfarrer

Lothar König, der für sein mutiges und friedliches Eintreten gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden am 19. Februar 2011 belangt werden soll. Die Anklage gegen ihn ist ein Justizskandal erster Güte. Das Gericht muss die Eröffnung des Verfahrens ablehnen. Wir wollen einen generellen Verfolgungsstopp für Proteste gegen rechts. DIE LINKE ruft ihre Mitgliedschaft auf, sich im Februar 2012 – wie auch in den Jahren zuvor – an den Anti-Nazi-Protesten in Dresden zu beteiligen.

Das offenkundige Versagen der Sicherheits-, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden hat viele bestürzt. Die Ermittlungsbehörden und die Geheimdienste müssen sich vielen Fragen stellen. Wie kann es zum Beispiel sein, dass vor den Augen eines verzweigten Aufklärungs- und Verfolgungsapparats eine Gruppe brauner Terroristen mehr als ein Jahrzehnt lang unbehelligt morden und rauben kann? Wir fordern von den Verantwortlichen in Bund und Ländern, dass sie Aufklärung leisten und alle Verschleierungsversuche unterbinden. Der Prozess der Aufklärung muss öffentlich sein. Wir sind deshalb für die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag und fordern Union, SPD und FDP auf, ihren Widerstand gegen die Einsetzung eines solchen

Ausschusses aufzugeben. Wir lehnen alle Versuche ab, die Aufdeckung der rechten Mordserie für eine weitere Einschränkung von Informations- und Freiheitsrechten für die Bevölkerung zu nutzen.

Die Programme gegen Rechtsextremismus müssen aufgestockt, dauerhaft abgesichert und zivilgesellschaftlich verankert werden. Zudem muss die unsinnige und schädliche Extremismusklausel sofort gestrichen werden. Mittel- und langfristig müssen die gesellschaftlichen und politischen Ursachen für das Entstehen von Rassismus ins Zentrum der Analyse und Politik gerückt werden.

Die NPD treibt seit Jahrzehnten ihr Unwesen als legaler Arm der braunen Zellen. Dort wird der geistige Nährboden für die rechte Gewalt gepflegt. An einem Verbot der NPD führt kein Weg vorbei, wenn man den Faschismus dauerhaft schwächen will. Wir wollen, dass dieses Verbot unverzüglich kommt. Wir erwarten von den Verantwortlichen in Bund und Ländern, dass sie schnell die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Verbotsverfahren schaffen, an erster Stelle durch die sofortige Abschaltung der V-Leute aus der NPD. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Staat Neonazi-Strukturen mit Steuergeldern finanziert. Wir unterstützen die Unterschriftenaktion des VVN/BdA für ein neues Verbotsverfahren.

Mehr Zivilgesellschaft statt mehr Geheimdienst

„Die Dimension der Taten ist immer noch ungeklärt, eine weitere Anzahl Verdächtiger ist im Innenausschuss des Bundestages benannt worden. DIE LINKE fordert weiterhin umfassende und öffentliche Aufklärung der Taten, der Ermittlungsfehler und der Rolle des Verfassungsschutzes. Den Versäumnissen jetzt mit einer Aufrüstung des Überwachungsstaates begegnen zu wollen, ist reiner politischer Aktionismus. Die jetzt endlich zur Sprache kommende Inkompetenz und Schlamperei zeigen einen verharmlosenden Blick auf die Täter und die Nazistrukturen in der Bundesrepublik.

Die Opfer der nach bisherigem Kenntnisstand beispielsweise Mordserie sind jahrelang Verdächtigungen und Klischees ausgesetzt worden, ein rassistischer Hintergrund der Taten ist letztlich nicht anerkannt worden. Die öffentliche Wahrnehmung hatte sich darauf konzentriert, Probleme in den migrantischen Communities zu identifizieren anstatt die Problemsicht auf die Mehrheitsgesellschaft und vor allem auf die militante Rechte, auf Rassismus und Neonazismus zu konzentrieren. Dies manifestiert sich auch im Sprachgebrauch und den Bezeichnungen der Mordserie.

Die Kriterien der Opferstatistik müssen endlich rechte Tatmotivationen umfassend einbeziehen. Die Dimension rechter Gewalt wird erst dann anerkannt, wenn auch die Opfer anerkannt werden. DIE LINKE setzt sich für Hilfen für die retraumatisierten Betroffenen und Angehörigen ein und begrüßt eine symbolische Entschädigung. Die heutige politische Entschuldigung bei den Angehörigen im Bundestag für die ‘falschen Verdächtigungen’ war überfällig.

Ein erneutes NPD-Verbotsverfahren ist ohne den Abzug der V-Männer aus den Führungsgremien der Partei nicht zu haben. Diejenigen, die ein Verbot der NPD fordern und dabei gleichzeitig den Abzug der V-Männer ablehnen, praktizieren wirkungslosen Populismus.

DIE LINKE fordert eine Unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus im Bund, die mit wissenschaftlichen, pädagogischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren besetzt ist. Nur so kann das Problem als Querschnittsthema und als Präventionskonzept behandelt werden. Seit Jahren werden die Einschätzungen von Beratungsprojekten und Forschungsstellen, Antifagruppen, Initiativen und Bündnissen und anderer öffentlicher Quellen ignoriert oder verharmlost – statt dessen wurde sich auf den Geheimdienst verlassen.

Genauso absurd ist die Förderpraxis für Demokratieprojekte: Die Träger, die staatliche Mittel aus den Bundesprogrammen erhalten wollen, sollten sich vom Verfassungsschutz beraten lassen, wenn sie über die „Verfassungstreue“ ihrer Partner im Zweifel seien, so die Meinung der Bundesregierung. DIE LINKE plädiert umgekehrt für die Beratung der Politik durch die zivilgesellschaftlichen Akteure, die seit Jahren mit viel Engagement und persönlichem Mut gegen rechts aktiv eintreten. Diesen Menschen muss Anerkennung entgegengebracht werden und nicht Misstrauen. Die so genannte Extremismuskonversation ist Diffamierungskampagne und Nebelkerze zugleich. Sie gehört endlich abgeschafft und die Mittel für Demokratieprojekte erhöht.“

Bundeswehr raus aus Afghanistan – (Neo)Imperialistische Kriege beenden!

Etwa 4000 Menschen waren am ersten Dezemberwochenende aus allen Teilen der Bundesrepublik nach Bonn gereist, um ihrer Ablehnung des Krieges in Afghanistan Ausdruck zu verleihen und gegen die Afghanistan-Konferenz zu protestieren.

Mit dabei waren auch AktivistInnen des SDS und der Linksjugend Halle.

Am Montag, dem 05.12., ist in Bonn die 10. Afghanistan-Konferenz gestartet, bei der die in Afghanistan kriegführenden Staaten über ihr weiteres Vorgehen im Land beraten und ihre angeblichen „Erfolge“ feiern wollen.

Dass diese Konferenz eine reine Farce ist und die katastrophale Lage der Mehrheit der Afghaninnen und Afghanen völlig ignoriert, machten die FriedensaktivistInnen aus den verschiedensten Organisationen am vergangenen Wochenende deutlich.

Am Samstagmittag starteten zunächst die Aktionen des „Protestbündnis gegen Petersberg II“, die seit Monaten auch unter reger Beteiligung von GenossInnen von DIE LINKE.SDS und der Linksjugend [’solid] vorbereitet worden sind. Bei der Auftaktkundgebung auf dem Bonner Kaisersplatz sprachen unter anderem Monty Schädel, Geschäftsführer der DFG-VK und die afghanische Politikerin Malalai Joya, bevor sich dann der Protestzug durch die Bonner Innenstadt in Bewegung setzte. Rufe wie „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ und die zahlreichen Transparente der Demo-TeilnehmerInnen sorgten für viel Aufmerksamkeit und nicht wenige Passanten reihten sich spontan in die Demonstration ein, um gegen die Kriegskonferenz in ihrer Stadt zu protestieren.

Unterwegs brachten sich auch immer wieder GenossInnen der Linksjugend [’solid] und des SDS mit Redebeiträgen, z.B. zu den Themen Bundeswehr an Schulen und Rüstungsforschung, bei den Kundgebungen ein.

Bis auf einen kurzen Zwischenfall, bei dem das Büro der Hochtief AG (dieses Unternehmen profitiert maßgeblich vom Krieg in Afghanistan, da es quasi als Staatsbauunternehmen den Wiederaufbau im Land für seine Gewinne nutzen kann) mit Farbbeuteln beworfen wurde, verlief die Demonstration wie geplant und fand mit einer Kundgebung, in der unter anderem Wolfgang Uellenberg (ver.di) und Gregor Gysi redeten, ihren Abschluss.

Am Abend fand dann noch eine von der LINKEN organisierte Podiumsdiskussion mit Gesine Löttsch und AktivistInnen der Occupy-Bewegung aus den USA und Griechenland statt.

Für den Sonntag hatte das Bündnis zu einer Internationalen Konferenz unter dem Titel „Für ein selbstbestimmtes Afghanistan“ eingeladen, an der etwas 450 Interessierte teilnahmen.

In hochkarätig besetzten Podiumsdiskussionen und Workshops diskutierten die Anwesenden über die aktuelle Situation in Afghanistan und tauschten sich über Alternativen abseits der imperialistischen Politik der Regierenden aus.

Übereinstimmend wurde die Bedeutung der Vernetzung der internationalen Friedensbewegung betont und die Solidarität der FriedensaktivistInnen untereinander hervorgehoben.

Hoch die internationale Solidarität – Nie wieder Krieg!

von Anne Geschonneck

